

Ministerium für Familie, Frauen,
Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Referat 753

Protokoll

der Sitzung des Landesweiten Runden Tisches (LRT) des Rheinland-pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) am 29.01.2018

Ort: Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Raum 600, Kaiser-Friedrich-Straße 5a , 55116 Mainz

Zeit: 10.00 – 13.00 Uhr

Leitung: Dr. Heike Jung, Leiterin der Abteilung „Frauen“

Protokoll: Stephanie Jost

Frau Dr. Jung eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gremiumsmitglieder und die anwesenden Gäste. Erstmals nehmen Frau Münch-Weinmann als stellvertretendes Mitglied für den Landesfrauenbeirat, Frau Dr. Staubach-Renz als stellvertretendes Mitglied für den Landesfrauenrat und Frau Schönberg für den Städtetag an einer LRT-Sitzung teil.

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Frau Meiswinkel, Frau Bermel, Frau Noll, Frau Thompson, Frau Bewersdorf, Frau Dr. Gitzel und Herr Schwenninger.

Besonders begrüßt werden Frau Heisecke als Referentin zur TOP 1, Herr Liel als Referent zu TOP 2 sowie zu TOP 4 die Vertreterinnen der Vernetzungsstellen bei den Frauenunterstützungseinrichtungen Frau Bürger, Frau Wolf, Frau Diehl und Frau Rund.

Außerdem stellt Frau Dr. Jung Frau Rahe als neue Leiterin des Referates „Gewaltprävention, Frauen in besonderen Lebenslage“ vor.

Darüber hinaus wird Herr Proß vorgestellt, der im Referat von Frau Rahe mit der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes befasst ist.

Zum Protokoll der Sitzung am 15.05.2017 gibt es keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche.

TOP 1: Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Einleitungsvortrag

Frau Karin Heisecke, Expertin für die Istanbul-Konvention

Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Im Anschluss an den Vortrag informiert Frau Dr. Jung darüber, dass die Istanbul-Konvention das Hauptthema der diesjährigen GFMK in Bremen sein wird. Im März findet dazu ein Treffen auf der Ebene der Abteilungsleitungen statt. Dort werde über das weitere Vorgehen und auch über die Einbindung der Länder gesprochen.

Von Seiten der LRT-Mitglieder wird auf die Notwendigkeit eines guten Kommunikationsflusses, einer ausreichenden Öffentlichkeitsarbeit, der Einbindung der kommunalen Ebene sowie der Gremien und Vertretungen der Frauenunterstützungseinrichtung hingewiesen. Darüber hinaus müsse auch die Ausrichtung des LRT überdacht und über eine mögliche Erweiterung der Aufgabenstellung – z.B. im Rahmen einer neuen Fachgruppe - diskutiert werden.

Frau Dr. Jung schlägt vor die weitere Entwicklung bzw. eine Konkretisierung der Gesamthematik abzuwarten und dann über das weitere Vorgehen im LRT zu entscheiden. Der LRT erklärt sich damit einverstanden.

TOP 2: Hochrisikomanagement – Screening-Instrumente

Einleitungsvortrag

Herr Christoph Liel, Referent am Deutschen Jugendinstitut in München

Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Screening-Instrumente bzw. Einschätzungsskalen von ODARA (Ontario Domestic Assault Risk Assessment Items) und DA (Danger Assessment Scale) werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Im Anschluss an den Vortrag weist Frau Rahe auf die vom Frauen- und Innenministerium finanzierte Fortbildungsveranstaltung zum Hochrisikomanagement „Train the Trainer“ für Mitarbeiterinnen der Interventionsstellen hin.

Herr Arent berichtet, dass mittlerweile alle Polizeipräsidien mit der Thematik befasst seien und eine Weiterentwicklung bzw. ein Ausbau des Hochrisikomanagements angestrebt werde.

TOP 3: Ergebnisse der Umfrage bei den RRT zum vorherigen Schwerpunktthema „Ältere Frauen und Gewalt“

Frau Stoff stellt die Ergebnisse der Umfrage vor. Eine aktualisierte Fassung der Tischvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Zusammenstellung der Ergebnisse mit umfangreichen Anlagen wird auf die Homepage des Ministeriums gestellt.

Frau Weickart fragt an welche Konsequenzen für den LRT aus den Ergebnissen zu ziehen seien und ob eine Empfehlung des LRT daraus resultieren solle.

Frau Rahe sagt zu, dass die Hinweise aufgenommen und im Fachreferat besprochen würden.

TOP 4: Aktuelles Schwerpunktthema „Geflüchtete Frauen und Gewalt“
- Informationen von den Vernetzungsstellen

Frau Wolf berichtet für die Interventionsstellen, dass der gemeinsame Ansatz mit den Frauenhäusern fortgeführt werde. So sollen in 2018 die Fortbildungen für haupt- und ehrenamtlich Tätige in den Erstaufnahmeeinrichtungen fortgesetzt werden. Darüber hinaus soll es auch Fortbildungen für Haupt- und Ehrenamtliche auf kommunaler Ebene geben. Weiterhin sei ein Schnittstellenseminar - möglicherweise unter Einbeziehung von Jugendämtern und dem Polizeibereich – angedacht. Außerdem werde die Zusammenarbeit mit dem Telefondolmetschservice „Lingatel“ weitergeführt.

Frau Bürger berichtet für die Frauenhäuser. Aufgrund der vielen neuen Themen im Bereich „Geflüchtete Frauen und Gewalt“, wie z. B. Zwangsehen, Kinderehen und Genitalverstümmelung, seien die Mitarbeiterinnen der Frauenunterstützungseinrichtungen stark belastet. Es sei deshalb angedacht für die Mitarbeiterinnen eine Fortbildung zum Thema „Stress und traumasensibler Ansatz“ anzubieten. Geplant seien drei Veranstaltungen für je 20 Teilnehmerinnen.

Weiterhin hält es Frau Bürger vor dem Hintergrund der hochkomplizierten Rechtslage für dringend geboten, dass den Frauenunterstützungseinrichtungen Möglichkeiten für Rücksprachen mit der ADD und den Ausländerbehörden eingeräumt werden. Möglicherweise könne auch Herr Graßhoff (Geschäftsführer des Initiativausschusses für Migrationspolitik Rheinland-Pfalz) als Experte eingebunden werden.

Für die Frauennotrufe berichten Frau Diehl und Frau Rund. Eine Tischvorlage zu den Arbeitsinhalten der Frauennotrufe 2018 ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

TOP 3: Berichte und Informationen/Sonstiges

Informationen aus dem Ministerium des Innern und für Sport (Herr Arent)

Änderung Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG)

Mit der Änderung des rheinland-pfälzischen POG sollen in Fällen von Gewalt in engen sozialen Beziehungen Wohnungsverweise erleichtert und damit Gewalttaten leichter verhindert werden. In der entsprechenden Vorschrift wurde im Zusammenhang mit der Gefahrendefinition der Begriff „gegenwärtig“ gestrichen.

Zusammenlegung K1/K2

Nach Auswertung und Überprüfung der Ergebnisse der Evaluation von Organisationsänderungen bei der Kriminalpolizei in 2012 ist nunmehr beschlossen worden, die Zusammenlegung von K1 und K2 wieder rückgängig zu machen. Die Umsetzung ist für 2019 geplant.

Informationen aus dem Fachreferat

GesB-Fachtagung

Am 14.11.2017 fand die 13. GesB-Fachtagung zum Thema „Hochrisikomanagement“ statt. Eine weitere GesB-Fachtagung für 2018 ist geplant. Das Thema steht noch nicht fest.

Prostituiertenschutzgesetz, Sachstand Umsetzung

- Am 25. November trat in Rheinland-Pfalz die neue Rechtsverordnung zum Prostituiertenschutzgesetz in Kraft. Sie regelt die Zuständigkeiten für die landesweite Umsetzung des Gesetzes, das seit 1. Juli 2017 bundesweit gilt.
- Umgesetzt wird das Prostituiertenschutzgesetz nach der neuen Rechtsverordnung von den Landkreisen und Kreisfreien Städten.
- Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist als obere Aufsichtsbehörde für die Gesundheitsberatung und die Anmeldung der Prostituierten zuständig.
- Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ist für das Prostitutionsgewerbe zuständig.
- Oberste Aufsichtsbehörde für die Anmeldung der Prostituierten und das Prostitutionsgewerbe ist das Frauenministerium, für die Gesundheitsberatung ist diese das Gesundheitsministerium.
- Unter der Federführung des Frauenministeriums wurde eine Arbeitsgruppe zur Begleitung der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes gebildet.

Neue Prostituiertenberatungsstelle LunaLu

Die offizielle Eröffnung der neuen Prostituiertenberatungsstelle LunaLu unter der Trägerschaft von Profamilia Ludwigshafen findet am 9. März 2018 statt. LunaLu ist neben Roxanne die zweite vom Land geförderte Beratungsstelle.

Modellprojekt „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“

Der offizielle Start des Modellprojekts „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ an den Projektstandorten Mainz und Worms ist am 23. Februar 2018. Projektträger sind die Frauennotrufe Mainz und Worms.

Mitgliedschaft des Arbeitskreis Sucht am LRT

Zur besseren Vernetzung wird ab der nächsten Sitzung eine Vertreterin des Arbeitskreises Sucht als offizielles Mitglied am LRT teilnehmen.

Haushaltsaufstellung Doppelhaushalt 2019/20

Zurzeit läuft das Aufstellungsverfahren für den Doppelhaushalt 2019/20. Das Fachreferat hat für verschiedene Bereiche Zuwächse angemeldet (u.a. für ein zusätzliches Frauenhaus).

Broschüre

Die Broschüre „Gewalt in engen sozialen Beziehungen beenden“ ist aktualisiert bzw. überarbeitet worden.

Nächste Sitzung LRT

Die nächste Sitzung des LRT wird voraussichtlich vor der Sommerpause stattfinden. Ein Thema soll „Gewaltschutz im Zusammenhang mit Umgangs- und Sorgerecht“ sein. Dazu ist angedacht eine Familienrichterin oder einen Familienrichter einzuladen.